

Islamische Begräbnisse

Erlaubnis für Bestattung im Leichentuch

Zaman, 30.01.2014, S. 5

Im Bundesland Baden-Württemberg werden in Zukunft Muslime im Leichentuch bestattet werden dürfen. Die für heute angesetzte Entscheidung im Landesparlament sieht vor, dass in den Landesgrenzen von Baden-Württemberg die Sargpflicht aufgehoben wird und die für Muslime gedachten Bestattungen im Leichentuch durchgeführt werden dürfen. Laut den Landes-Statistiken werden nur 4% der Muslime im jeweiligen Bundesland, in dem sie gelebt haben, beerdigt. Der Gesetzesänderung stimmen die CDU, Die Grünen, die SPD und die FDP zu.

Neben den Unterstützern gibt es auch kritische Stimmen an der Gesetzesänderung, die Schwierigkeiten aufgrund der Neuerungen befürchten. Aus gesundheitlichen Gründen und Arbeitsschutzgründen könnte die Bestattung nach Aufhebung der Sargpflicht schwierig werden.

Der Kirchheimer Oberbürgermeister Uwe Seibold erklärt dazu: „Die 48-stündige Wartepflicht wird aufgehoben. Die Gräber werden mit dem Spaten ausgehoben“. Die Aufhebung der Wartepflicht bedeutet, dass auch an religiösen Feiertagen wie Weihnachten Lärmbelästigungen stattfinden werden.“

Islamkonferenz

„Die Islamkonferenz wird nicht wie früher ablaufen“

Hürriyet, 27.01.2014, S. 6

Bundesinnenminister Thomas de Maizière ruft heute zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt zur Versammlung der Islamkonferenz auf.

Grundsätzlich überlässt es der Bundesinnenminister der Haltung der Verbandsvertreter, ob sie zur Islamkonferenz kommen oder nicht. Zusätzlich stehen derzeit noch die Fragen offen, ob die Islamkonferenz in dieser Form weiter geführt werde soll und ob die Islamkonferenz unter dem bisherigen Namen fortgesetzt wird.

Im Gespräch mit der Hürriyet äußerte der Bundesinnenminister die Bedenken seines Ministeriums an der Haltung einiger Verbandsvertreter in der Vergangenheit:

deren Teilnahme oder Absage koppelte sich unmittelbar an die Einladung weiterer Personen. Man wolle im Sinne von Adenauer vorgehen, der seiner Zeit erklärte: „Wenn zwei die selbe Ansicht vertreten, wird nichts dabei herauskommen.“

Betont wird, dass hier gemeinsame Lösungen für die Probleme der hiesigen Migranten gefunden werden sollen.

Nach wie vor schwierig werden die Forderungen angesehen, dass islamische Verbände die Körperschaft des öffentlichen Rechts für sich erlangen möchten. Bundesinnenminister de Maizière wünscht sich jedoch die Teilhabe der Verbände mit Blick auf die Ausbildung der Imame und die Verwirklichung des Religionsunterrichts.

De Maizières Vorfahren flüchteten vor der religiösen Unterdrückung in Frankreich im 17. Jahrhundert nach Deutschland.

Im Gespräch mit der Hürriyet erklärte er: „Die Migrationsgeschichte meiner Familie nach Preußen ist sehr alt. Dennoch bereitet das Schreiben meines Nachnamens etlichen Deutschen Mühe. Das habe ich zumindest mit vielen anderen Migranten gemeinsam. Wenn ich etwas bestelle, dann kann ich davon ausgehen, dass in 90% der Fälle mein Nachname falsch verstanden wird. Das dürfte Ihren Lesern bekannt vorkommen.“

De Maizières Familie hat seit 100 Jahren in Deutschland Spuren hinterlassen: der Vater Ulrich de Maizière war General und nahm nach dem Zweiten Weltkrieg eine führende Rolle im Wiederaufbau in der deutschen Armee ein. Sein Cousin Lothar de Maizière war der erste und zugleich letzte demokratisch gewählte Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Interview stellte die Hürriyet folgende Frage:

„Die Familie de Maizière ist sich der Bringschuld gegenüber Deutschland, das ihnen die Aufnahme und ihre Aufgaben ermöglichte, bewusst.“

Inwiefern sie sich Deutschland verbunden fühlen oder fühlen werden – danach wird nie gefragt.

Wenn wir das mit der aktuellen Situation in Deutschland vergleichen und uns die Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft ansehen, dann wird Türken stets mit Misstrauen begegnet, inwieweit sie

sich Deutschland verbunden fühlen oder nicht. Warum?

Der Bundesinnenminister antwortete wie folgt:

„Das ist in der Tat eine sehr gute Frage. Sie sagten gerade selbst, dass meine Familie vor 300 Jahren nach Deutschland kam. Ich kann Ihnen die Frage, ab welcher Generation meine Familie sich eher als Deutsche oder Franzosen fühlte, nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Wenn wir uns die türkischen Staatsbürger ansehen, dann stellen wir fest, dass sie zum Teil in der dritten Generation in Deutschland sind. Einige sogar in der ersten Generation, aufgrund der Familienzusammenführung.

Aus diesem Grund benötigen wir gegenseitige Geduld miteinander und sollten uns in einer niedrigeren Erwartungshaltung begegnen.“

Erste Forderung: Religiöser Feiertag

Sabah, 27.01.2014, S. 18

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, wird heute sein Forderung nach einem gesetzlichen Feiertag, der entweder für den Ramadan oder für das Opferfest gelten soll, dem Bundesinnenminister im Rahmen des Treffens der Islamkonferenz übermitteln.

Beim heutigen Treffen zwischen dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière und den Vertretern der islamischen Verbände und Stiftungen, erklärte Kenan Kolat im Vorfeld: „Wenn die Muslime ein Teil dieses Landes sind, dann ist es nur richtig, dass sie wenigstens einen gesetzlichen Feiertag erhalten. Arbeitnehmer und Schüler können sich zwar für die ersten Tage frei nehmen, aber ein gesetzlicher Feiertag – auch wenn dieser nur symbolisch sein sollte – wäre sehr richtig.“

Positive Erwartung

Kolat betont, dass bisher im Zusammenhang mit Muslimen immer nur über Konflikte verhandelt worden ist: „Der vorherige Minister erklärte die Zusammenkunft zum Sicherheitsproblem. Die Haltung des jetzigen Ministers wird deshalb sehr wichtig sein. Die Einladung sollte aus diesem Grund sehr heterogen ausgerichtet sein. Hier müssen die Aleviten und andere islamische Organisationen und Initiativen zusammenkommen, um gemeinsam Lösungsvorschläge zu entwickeln.“

NRW. Zentrum für Islamische Theologie, Universität Münster

Beschwichtigende Signale am Islamischen Zentrum in Münster, Sabah, 07.02.2014, S. 18

Zwischen dem Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster Prof. Mouhanad Khorchide und dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland gibt es Entspannung.

Das Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen plant gemeinsam mit dem Zentrum für Islamische Theologie und dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland die Gründung eines runden Tisches, um einen besseren Dialog zu ermöglichen.

Sowohl der Koordinationsrat als auch das Zentrum für Islamische Theologie in Münster erklärten ihre Bereitschaft zur Teilnahme am runden Tisch.

Das Ministerium in Düsseldorf gab an, dass sie die Entscheidungen für die Teilnahmebereitschaft am Runden Tisch bereits eingegangen sind.

Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland, der die vier großen islamischen Verbände in Deutschland vertritt, kritisiert an Professor Khorchide, dass das Lehrpersonal und die Lehrinhalte entgegen den Vorschriften in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung bestimmt werden und Prof. Khorchide die Verbindung zum Koordinationsrat unterbindet.

Behauptet wird darüber hinaus, dass Prof. Khorchide entgegen der islamischen Theologie handelt. Darauf bezogen, wurde ein 72 Seiten langer Sachverständigenbericht durch den Koordinationsrat verfasst.

In diesem öffentlich gemachten Bericht wird auch die Entlassung von Prof. Khorchide aus seinem Amt gefordert.

Runder Tisch soll die Streitigkeiten an der Münsteraner Islamischen Theologie lösen, Zaman, 07.02.2014, S. 4

Die bereits chronisch gewordenen Schwierigkeiten an der Fakultät für Islamische Theologie an der Universität-Münster reißen nicht ab.

Die Probleme, die mit den Büchern und den Presseaussagen des Lehrstuhlinhabers Prof. Mouhanad Khorchide begannen, sollen nun an einem Runden Tisch gemeinsam mit dem Bildungsministerium, der Rektorin der Universität-Münster Prof. Ursula Nelles und dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland gelöst werden.

Die Ministerium, das ein Ende der Anspannungen wünscht, erklärte nach dem Treffen, dass die Fakultät für Islamische Theologie erweitert werden soll und diese Erweiterung gemeinsam mit den muslimischen Dachorganisationen gestaltet werden soll.

In der Erklärung heißt es:

„Die Zusammenarbeit verlief bisher schwierig. Wir sind jedoch gemeinsam ab heute in einer gemeinsamen und freundschaftlich verbundenen Kooperation.“

Die Gesprächspartner betonten, dass sie überzeugt davon sind, die bisherigen Spannungen gemeinsam lösen zu können.

Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland hatte eine wissenschaftliche Erklärung verfasst, in der unterstrichen wurde, dass es nicht möglich sei, sich den Gedanken von Prof. Khorchide anzuschließen.

Auffällig war, dass Prof. Khorchide selbst nicht an der Sitzung am Runden Tisch teilgenommen hat.

Die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Svenja Schulze (SPD), erklärte, dass sie selbst keine persönliche Information über den weiteren Verbleib oder die Amtsaufgabe von Prof. Khorchide besitzt. Die Ministerin erklärte zudem, dass dies im Verantwortungsbereich der Universität liegt.

Khorchides Glaubensgrundsätze, die er in seinen Büchern publiziert, werden als grenzwertig kritisiert.

Die Forderung des KRM, Khorchide von seinem Amt zu entbinden, wird rechtlich als nicht umsetzbar angesehen. Das geht ausschließlich über den Beirat der Fakultät für Islamische Theologie.

Der Beirat kam bisher aufgrund personeller Schwierigkeiten, die der Besetzungssituation geschuldet sind, nicht zustande. Die Universität beschloss aufgrund des fehlenden Beirats selbständig Lehrpersonal zu finden und Zwischenlösungen für die Inhalte der Lehrveranstaltungen zu suchen.

[vgl. dazu:

<http://www.wissenschaft.nrw.de/presse/pressemeldungen/details/runder-tisch-vereinbart-islamische-theologie-soll-an-uni-fest-verankert-werden/>

siehe dazu auch:

<http://www.sueddeutsche.de/bildung/islam-in-deutschland-machtkampf-um-die-wahre-lehre-1.1877436-2>
Anm. M. K.]

Islamische Einheitskonferenz im IZH (Islamisches Zentrum Hamburg)

Forderungen an die Islamische Theologie Sabah, 29.01.2014, S. 18

In Hamburg wurde zum vierten Mal die Einheitskonferenz anlässlich der Woche der islamischen Einheit veranstaltet.

Während der Konferenz wurden die Schwierigkeiten innerhalb des islamischen Lebens in Deutschland, die Spannungen zwischen den islamischen Verbänden und den Universitäten und die möglichen gemeinsamen Kooperationen selbiger diskutiert.

Diskutiert wurden sowohl die Erwartungen deutscher Institutionen an die religiösen Gemeinschaften als auch die Erwartungen der deutschen Universitäten.

Die Diskussionen um die Ausbildung muslimischer Religionsgelehrter wurden auf dem Podium besprochen.

Die Konferenz wurde von der Schura Hamburg und dem Islamischen Zentrum Hamburg am Alster-Ufer in der Islamischen Zentrumsmoschee organisiert.

An der Tagung nahmen zahlreiche muslimische Verbände und Religionsgelehrte teil.

Der Vorsitzende der Schura, Dr. Mustafa Yoldaş, erklärte, dass sie die Etablierung von Lehrstühlen für Islamische Theologie in Deutschland wünschen:

„Es macht unseres Erachtens bloß keinen Sinn, dass der Staat Lehrstühle für Islamische Theologie errichtet, die lediglich der eigenen Orientierung entsprechen und nicht dem Wunsch und der Gestaltung der Muslime. Es müssen unabhängige Lehrstühle entwickelt werden, in die sich der Staat nicht einmisch.“, so Yoldaş.

Der Vizevorsitzende und Rechtsanwalt der Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH), Ünal Kaymakçı, wies auf die Notwendigkeit der Ausbildung von Religionsgelehrten an den Universitäten in Deutschland hin, die dazu fähig sind, direkt mit der Bevölkerung zu kommunizieren und mit ihr in Kontakt zu treten.

[siehe dazu: <http://taslim.de/fotografie/izhamburg-islamische-einheitskonferenz/>, Anm. M.K.]

Türkische Akademiker müssen in Deutschland bleiben und ein Vorbild für die neue Generation sein

Zaman, Titelseite und S. 5, 29.01.2014

Türkische Akademikerverbände äußern sich kritisch gegenüber dem Aufruf der Tübitak (Türkische Anstalt für Wissenschaft und technologische Forschung) „Komm nach Hause zurück!“.

Dieser Apell richtet sich an türkische Hochschulabsolventen in Deutschland. Die Verbände erklärten, dass türkische Wissenschaftler in der Türkei einen hohen Beitrag innerhalb der Wissenschaft leisten. Ihr Wirken in Deutschland würde sich jedoch sowohl auf die Türken in Deutschland als auch auf die Türkei positiv auswirken.

Die Verbandsvertreter erinnerten daran, dass in Deutschland fast drei Millionen Türken lebten und vor allem die neue Generation Menschen bräuchte, die ihnen ein Vorbild sein können.

Der Vorsitzende des Türkischen Akademikerverband-Niederrhein (NITAB, Niederrhein Türk Akademisyenler Birliği), Davut Karapınar, fordert: „Türkische Akademiker müssen in Deutschland bleiben. Die Gesellschaft benötigt erfolgreiche Menschen und Menschen, die Vorbildfunktionen einnehmen können. Für die in Deutschland geborenen jüngeren Generationen werden Wissenschaftler und Akademiker benötigt, um den Erfolg der Gesellschaft weiter erhöhen zu können. Wir kämpfen hier mit Vorurteilen.“

Karapınar erinnerte überdies daran, dass es in der Türkei bereits Millionen gut ausgebildeter Akademiker gibt:

„Im Zuge der Karriereplanung wandern sehr viele in die Türkei ab. Aber eigentlich müssten sie hier bleiben und weitermachen. Auch wenn es schwer ist in Deutschland – wir müssen die Verantwortung auf uns nehmen. Unsere Elterngeneration hat uns bis zu einem gewissen Grad vertreten können. Nun geht es darum, dass Akademiker die türkische Gesellschaft in Deutschland nach vorne tragen, unabhängig von patriotischen Empfindungen, vielmehr im Gemeinschaftssinn.“

An der Tagung „Türkei als Ziel“ der TÜBITAK hat auch Fikri Işık teilgenommen. Işık, der an die Akademiker hier appelliert, erklärte:

„Wir laden Euch dazu ein, in unserem Land zu arbeiten. Wir sind dazu bereit, Euch darin zu unterstützen. Damit ist nicht zwingend ein Wechsel in die Türkei verbunden. Unsere Akademiker arbeiten in unterschiedlichen Ländern an weitreichenden, strategisch wichtigen Kooperationen. Euer Beitrag an der Innovation und dem Ökosystem in der Türkei kann groß sein.“

[siehe dazu: <http://www.migazin.de/2014/01/31/zurueck-tuerkei-die-identitaet/>, und <http://www.migazin.de/2014/02/07/abwanderung-junger-akademiker-in-die-tuerkei/>, Anm. M. K.]

Muslimische Sprecherin im Auswärtigen Amt

Muslimische Sprecherin in Deutschland

Hürriyet, 27.01.2014, S. 6

Die palästinensisch stämmige Sawsan Chebli, wurde als stellvertretende Sprecherin in das Auswärtige Amt berufen. Cheblis Familie wanderte in den 1970er in Deutschland ein.

Obwohl die Kontroversen seit der Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der Islam sei ein Teil Deutschland immer noch nachhallen, wurde in Deutschland in den letzten Tagen Geschichte geschrieben: nachdem die türkisch stämmige Politikerin Aydan Özoğuz (SPD) in der neuen Regierung von Angela Merkel ihr Amt eingenommen hat, ist das Auswärtige Amt in Deutschland einen weiteren Schritt nach vorn gegangen.

Deutsch lernte sie nach ihrem Schuleintritt

Die in Deutschland geborene palästinensisch stämmige Sawsan Chebli (35) ist als stellvertretende Sprecherin in das Auswärtige Amt berufen worden. Chebli ist die Tochter einer aus dem Libanon ausgewanderten palästinensischen Familie. Die Familie kam in den 1970er Jahren nach Berlin. Sie ist die zweitjüngste Tochter von insgesamt 13 Kindern. Chebli erhielt vor 15 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft und lernte erst mit ihrem Schuleintritt Deutsch. Die junge Frau, die die erste mit einem Hochschulabschluss in ihrer Familie ist, zog mit ihrer neuen Aufgabe unter der SPD im Parlament die Aufmerksamkeit auf sich. Seit 2010 war sie im Berliner Innensenat Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten.

Sawsan Chebli erklärt, wenn sie zu ihrem Glauben gefragt wird, dass sie regelmäßig betet:

„Zu Hause bete und faste ich. Ich esse kein Schweinefleisch und trinke keinen Alkohol. Das rituelle Gebet kann ich jedoch erst abends vornehmen.“

Einer ihrer Brüder arbeitet als Imam in Schweden. Chebli ist davon überzeugt, dass Migranten sich sowohl integrieren können als auch ihren Wurzeln verbunden bleiben können.

In der CDU liegt die Integration in der Verantwortung von Giousouf

Sabah, 30.01.2014, S. 17

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ernennt die CDU-Politikerin Cemile Giousouf zur Integrationsbeauftragten. Giousouf erklärte zu ihrer neuen Aufgabe: „Ich bin sehr glücklich darüber, dass ich diese Pflicht wahrnehmen darf.“

Giousouf erklärte, dass die CDU/SPD-Koalition ihr Programm für diese Legislaturperiode nunmehr bestimmt hat: „Die Integration ist ein Prozess, der die Bereitschaft und die Teilhabe der Migrantinnen notwendig macht. Wir werden diesen Prozess stärken und unterstützen und unser gesellschaftliches Zusammenleben fortführen. Ich danke meiner Fraktion sehr für ihr Vertrauen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in den nächsten vier Jahren in ertragreich arbeiten werden.“

Fahimis Wahl

Sabah, 27.01.2014, S. 15

Die iranisch stämmige 46-jährige Yasmin Fahimi (SPD) wurde in das Amt der SPD-Generalsekretärin gewählt. Sie folgt damit Andrea Nahles, die unter der neuen Regierung als Arbeits- und Sozialministerin amtiert.

Fahimis politische Wurzeln liegen in der Gewerkschaft. Gestern wurde sie auf dem Berliner Parteikongress mit 88,5% der Stimmen zur neuen Generalsekretärin gewählt. zu steigern.

Frankreich: Schul-Boycott

Kritik an Sexualkundeunterricht in Frankreich

Hürriyet, 31.01.2014, S. 9

In Frankreich verweigern konservative Muslime, unter denen Araber und Türken sind sowie einige christliche Familien, ihren Kindern die Teilnahme am Sexualkundeunterricht, nachdem im Lehrplan einige Änderungen vorgenommen wurden.

Nachdem in Frankreich bereits die Gesetzesänderung zur gleichgeschlechtlichen Ehe heftige Dispute hervorgerufen hatte, ist jetzt die „Gesellschaftliche Sexualtheorie“ Anlass weiterer Kritik.

Der französische Staat hat mit dem Ziel, Vorurteile aufgrund der sexuellen Orientierung abzubauen, ein Programm namens „Das ABCD der Gleichberechtigung“ in den Lehrplan mit aufgenommen.

Die arabisch-stämmige Filmemacherin und Schriftstellerin, Farida Belghoul hat zum Boykott des Lehrplans aufgerufen: „Die Kinder werden zur Homosexualität überredet und sexuelle Differenzen werden aus den Gehirnen der Kinder gelöscht.“ Insbesondere muslimische Eltern weigerten sich, ihre Kinder daraufhin zur Schule zu schicken, was zu großer Besorgnis führte.

Neben Strasbourg sind in Paris rund 100 Schulen boykottiert worden. In den sozialen Medien findet der Boykott von seitens extremer Katholiken wie der Civitas und der katholischen Politikerin Christine Boutine breite Unterstützung. Ein Schulleiter erklärte, dass den Eltern folgende SMS gesendet wird: „Schicken Sie Ihr Kinder ein mal im Monat nicht zur Schule. Ansonsten wird ab dem Jahr 2014 den Kindern bereits in den Krippen beigebracht, wie sie masturbieren sollen.“

Werte der Republik

„Natürlich sind die Behauptungen der Boykott-Unterstützer schlichtweg beängstigende Lügen“, so ein Schulleiterin. „Es sind vor allem türkische und arabische Eltern sowie Roma-Eltern, die sich dem Schulboykott anschließen und ihre Kinder zu Hause lassen. In meiner dreißigjährigen Berufslaufbahn habe ich bisher so etwas noch nie erlebt.“

In Frankreich werden gegenwärtig an 275 ausgewählten Kindergärten und Grundschulen in insgesamt 600 Klassen die Schulbücher nach Geschlechterstereotypen untersucht. Dazu gehören auch Bilder und Sätze wie „Mädchen mögen rosa, Jungs blau“ und „Mädchen spielen mit Puppen, Jungs mit Autos“.

Der Bildungsminister, Vincent Peillon erklärte dazu im französischen Parlament: „Wir bringen unseren Kindern die Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei, die für unsere Republik gültig ist.“

[weitere Informationen, siehe unter: <http://www.education.gouv.fr/cid76775/l-enseignement-de-l-egalite-filles-garcons-a-l-ecole.html>, Anm. M. K.]

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
PROF. DR. MATHIAS ROHE
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.EZIRE.UNI-ERLANGEN.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.